



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik
am 18. Juni 2019
Rathaus, Raum 107 (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Aglaja Beyes (L&P)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn: 17:05 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Sitzungsvorlagen wurden in dieser Sitzung nicht beraten.

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt die Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Entschuldigt waren:

Stv. Altintop-Nelson

Stv. Denzer

Stv. Lüderitz

Stv. Schulz

Stv. Volk-Borowski

Vertretung Stv. Belz

2. Sitz AfD nicht besetzt

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Tagesordnung

0046 Tagesordnung

Die Tagesordnung bleibt unverändert.

Einstimmig

0039 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 14.05.2019 wird genehmigt.

Einstimmig

0040 19-F-29-0006

Digitale Bürgersprechstunde
-Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis90/Die Grünen vom 12.06.2019

Stv. Dr. Wittkowski begründet den Antrag.
Im Wortlaut des Antrags wird der Irrtümlich gewählte Begriff „Bürgerbüro“ durch „Bürgerreferat“ ersetzt.

Stv. Apel schlägt vor, den Punkt 3 des Antrags als eingebracht zu betrachten. Diesbezüglich einigt sich der Ausschuss. Der Punkt soll abgestimmt werden, wenn der Bericht zu den Punkten 1 und 2 vorliegt.

Die Punkte 1 und 2 werden angenommen.

Einstimmig

0041 19-F-33-0010

Geschäftsstelle des Ausländerbeirats - Konsequenzen aus dem Revisionsbericht zur Fördermittelvergabe
-Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 12.06.2019-

Stv. Weck begründet den Antrag

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Netzpolitik am 18. Juni 2019

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Der Änderungsantrag der FDP wird von den Antrag stellenden Fraktionen übernommen.

Herr Burgmeier stellt den derzeitigen Sachstand dar.

Der Antrag hat durch die in der heutigen Sitzung geführte Aussprache einschließlich des übernommenen Änderungsantrages der FDP seine Erledigung gefunden.

Der Punkt kommt trotzdem wieder zum Aufruf, wenn die Stellungnahme des Fachbereiches (Amt 33) zum Revisionsbericht, der im Revisionsausschuss bereits beraten wurde, vorliegt.

0042 16-F-02-0034

Onlinevergabesystem für Bürgerhäuser
- Antrag der CDU-Fraktion vom 02.11.2016 -

Herr Hepp stellt den Sachstand dar. Der Zuschlag für die Software, sowie ein verbindlicher Zeitplan sollen abgegeben werden, sobald die derzeitige Prüfung durch den Personalrat abgeschlossen ist.

0043 19-A-56-0002

Berichterstattung Stabsstelle WIEB

Stv. Beyes fragt nach dem zeitlichen Ablauf und der weiteren Vorgehensweise bezüglich der Abschluss-Evaluation der Leitlinien.

Die Evaluierung soll den Gremien nach der Sommerpause vorgelegt werden. Es handelt sich um einen laufenden Prozess. Aber die letzte Sitzung vor der Sommerpause sollte genutzt werden, um evtl. Änderungen des Ausschusses berücksichtigen zu können.

Es wird grundsätzlich kein Änderungsbedarf gesehen.

Der Bericht von Frau Kotzke wird zur Kenntnis genommen und dem Ausschuss digital zur Verfügung gestellt.

0044 19-A-56-0001

Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung des Bürgerengagements in Wiesbaden

Herr Simon berichtet zur aktuellen Situation. Der laufende Prozess wird weitergeführt. Für den nächsten Sitzungszug wird ein umfangreicher Bericht angekündigt mit Vorschlägen und Konsequenzen.

Das gesamte Verfahren muss auch mit dem neuen Oberbürgermeister abgestimmt werden.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0045 Verschiedenes

Stv. Beyes bedankt sich für die Vorstellung des Projekts „interpart“. Weiterhin werden Informationen bezüglich der Projektbekanntgabe gewünscht.

Frau Bechtluft berichtet, dass es stadtteilbezogene Werbung in Form von Flyern und Plakaten gegeben hat. Diese Werbephase hat erst eine Woche vor Beginn der Veranstaltung begonnen.

Anlagen

Wiesbaden, .07.2019

Vorsitzende

Schriftführerin

Beyes

Koba